

(5).
p.B.72.9.15.1.-DUR/LMO

Bern, 9. September 1991

Gesprächsnotiz

Treffen der vier neutralen Botschafter mit Delegationen

Freitag, 30. August 1991, 11.00 UhrOesterreichBotschafter M. Vukovich
Herr F.-J. KuglitschFinnlandBotschafter S. Kauppila
Botschafter P. Torstila
Botschafter R. Viemerö
Frau P. BlinikaSchwedenBotschafter L. Norberg
Botschafter H. Amneus
Herr Bo PettersonSchweizBotschafterin M. von Grünigen
J.-D. Vigny
P. Widmer
R. DürlerJugoslawien

Oesterreich plädierte für Sanktionen gegen Serbien und Unterstützung für Slowenien und Kroatien, es stellte ausserdem die baldige Anerkennung der beiden letzteren in Aussicht. Die Zusammenarbeit in der Hexagonale würde bald eingefroren, weil Jugoslawien demnächst den Vorsitz übernehmen werde. Ebenfalls wegen Jugoslawien schlug Oesterreich vor, keine N+N-Treffen mehr abzuhalten, die ohnehin nicht institutionlisiert seien. Vorgeschlagen wurde vielmehr eine "group of like-minded countries", die die N+N-Gruppe ablösen könnte.

- 2 -

Finnland sprach sich für einen vorsichtigen "approach" gegenüber Jugoslawien aus, hob indessen hervor, dass die Neutralen zu viert eine aktivere Rolle spielen sollten. Der finnische Aussenminister habe sich für eine internationale Friedenstruppe der KSZE ausgesprochen. Was die Zusammenarbeit der N+N-Staaten angehe, wolle Finnland tendenziell daran festhalten, sehe aber, dass dies in Zukunft erschwert würde. Man könnte sich eventuell vorstellen, einen Staat, der in einen Konflikt verwickelt ist, von der N+N-Zusammenarbeit temporär auszuschliessen.

Schweden hob hervor, dass es aktiv an den Friedensbemühungen der EG mitmachen wolle, sollten jedoch Lösungen erzwungen werden, könne dies nicht im Rahmen der KSZE geschehen; Schweden werde voraussichtlich nicht an solchen Massnahmen teilnehmen. Ein konzertiertes Vorgehen der Neutralen würde Schweden begrüessen. Betreffend die N+N-Zusammenarbeit teilte Schweden die geäusserte Skepsis, sprach sich indessen zunächst für ad-hoc-Gruppen aus.

Die Schweiz hatte als erste für eine verstärkte Zusammenarbeit unter den Neutralen bei der Lösungsfindung für den Konflikt in Jugoslawien plädiert. Sie schlug weiter vor, am bevorstehenden Dringlichkeitstreffen in Prag eine klare Sprache gegenüber dem Aggressor in Jugoslawien zu gebrauchen. Eine prüfenswerte Möglichkeit wäre auch die Anwendung des Mechanismus für die friedliche Beilegung von Streitfällen. Die schwierige Zusammenarbeit zwischen den N+N-Staaten könnte durch die verstärkte Kooperation zwischen den Neutralen kompensiert werden. Eine weitere Möglichkeit sei die Bildung von ad-hoc-Gruppen nach Themenbereichen.

Moskauer Treffen der Konferenz über die Menschliche Dimension

Die vier Neutralen sind sich einig, dass der Hauptakzent des Treffens auf die Implementierung gelegt werden sollte. Verschiedene Ereignisse in den Teilnehmerstaaten würden dringend nach einer vertieften Diskussion rufen. Die Anwendung der diversen Dokumente müsse von allen Teilnehmerstaaten strikt beachtet werden. Es seien aber auch materielle Fortschritte und Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte möglich. Erwähnt wurden die Rechte von Frauen und von sozialen Minderheiten wie beispielsweise Behinderten. Die Schweiz erwähnte ausserdem den Schutz des Privat- und Familienlebens, Verbesserungen bei den bestehenden Bestimmungen zur Todesstrafe sowie Mindeststandards bei einem Ausnahmezustand. Schweden sprach sich dafür aus, die Stellung der Wanderarbeiter zu verbessern. Allgemein bestand Einigkeit, dass im Bereich der

- 3 -

nationalen Minderheiten weitere Fortschritte auf der Basis des Kopenhagener Dokuments und des Genfer Berichts erzielt werden sollten.

Die Ergänzung des Mechanismus in der menschlichen Dimension mittels eines verbindlichen Verfahrens ist das Anliegen aller Neutralen. Bezüglich des Vorgehens bestanden hingegen gewisse Differenzen. Während die Schweiz bereits zu Beginn des Moskauer Treffens einen Kompromissvorschlag vorlegen und dafür eine möglichst grosse Anzahl von Mitautoren finden will, zieht Oesterreich es vor, am Treffen zunächst den Puls zu messen und erst später einen Kompromissvorschlag zu unterbreiten. Finnland schlug vor, zunächst die beiden Genfer Vorschläge mit verbindlichen Verfahren einzureichen, und den Kompromissvorschlag als "fall-back option" zurückzubehalten.

Institutionalisierung

Es bestand Einigkeit zwischen den Neutralen, dass die Institutionalisierung der KSZE Mängel aufweist, die am vierten Hauptfolgetreffen in Helsinki (ab März 1992) zu beseitigen seien. Die Ergebnisse der Dringlichkeitstreffen seien zu bescheiden. Oesterreich sprach sich für ein Zusammenfassen der KSZE-Mechanismen (militärisch/politisch) im Konfliktverhütungszentrum aus, wobei von der Grundregel des Konsenses in gewissen Situationen abzurücken sei. Die Schweiz unterstrich den bilateralen Charakter des Mechanismus der menschlichen Dimension und plädierte für dessen Ausbau. Hierarchisch könnte das KVZ gegebenenfalls dem KSZE Sekretariat unterstellt werden. Auch Schweden gab zu bedenken, dass es rückblickend nicht gut gewesen sei, zwei KSZE-Institutionen mit ähnlichen Aufgaben zu schaffen, die sich konkurrieren. Was den Ausschuss Hoher Beamter angehe, müsse die Regelung der Präsidentschaft überarbeitet werden.

Der Protokollführer

R. Dürler

Kopie an: - Sekretariat BRF
 - GRN
 - PA I
 - Politisches Sekretariat
 - WI
 - KSZE-Dienst

R. Dürler